



### Presseschau vom 05.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends/nachts:

de.sputniknews.com: „Gastarbeiter greifen nach Pfählen“: Ukrainischer General droht Polen mit Aufstand.

Der Ex-Verteidigungsminister der Ukraine Oleksandr Kusmuk hat die Vorwürfe Polens wegen der Verbrechen der ukrainischen Nationalisten während des Zweiten Weltkrieges zurückgewiesen und auf historische Ereignisse verwiesen, die die in Polen lebenden Ukrainer als Antwort zu Gewalt greifen lassen könnten.

„Die Geschichte muss man kennen, aber Rechnungen begleichen darf man nicht“, ist sich Kusmak sicher.

Warschau erinnere Kiew immer wieder an das Massaker von Wolhynien und die Tätigkeit der Anführer der Ukrainischen Aufständischen Armee (OUN-UPA, Organisation der ukrainischen Nationalisten, die unter anderem für ethnische Säuberungen während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich ist . Anm. d. Red.), Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch. Allerdings könne die Ukraine Polen auch an bestimmte historische Ereignisse erinnern, sei es vor 100, 200 oder 1000 Jahren gewesen, sagte er und rief dazu auf, sich keine Sorgen über das Schicksal der 1,2 Millionen Ukrainer zu machen, die zurzeit in Polen leben würden.

„Das ist ja die 5. Ukrainische Front, die sich nach Polen begeben hat“, sagte er in Anspielung an Großverbände der Roten Armee, in der es während des Zweiten Weltkrieges vier Ukrainische Fronten gegeben hatte. „Ihnen wird nichts passieren. Sie werden nach Pfählen greifen, wenn wir uns an alle Kosaken erinnern werden, die von Lwiw bis Kiew erhängt wurden“, äußerte der Ex-Minister.

Der polnische Senat (Oberhaus) hat am Mittwoch Novellen zum Gesetz über das Institut für

Nationales Gedenken unterstützt, die unter anderem die strafrechtliche Verfolgung für das Leugnen von Verbrechen ukrainischer Nationalisten und für Äußerungen über eine Unterstützung der Nazis durch Polen vorsehen. Die Ukraine bezeichnete das Dokument als „unobjektiv“ und „absolut unannehmbar“.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31920/64/319206481.jpg>

vk-Seite der Union der Kommunisten des Lugansker Landes:

Am 27. Dezember 2017 fand der größte Gefangenenaustausch zwischen den Republiken des Donbass und der Kiewer Junta statt. Die LVR übergab 16 ukrainische Soldaten, im Gegenzug erhielt sie 74 Geiseln. Unter den Befreiten waren bei weitem nicht alle in der Miliz. Hauptsächlich sind dies Menschen, die sich am Referendum um die Selbstbestimmung der Republiken beteiligt haben, und politische Gefangene, darunter auch aus den westlichen Regionen der Ukraine – die, die sich gegen das Genozid und dem Mord am Volk des Donbass ausgesprochen haben.

Mehr als 40 befreite Kriegsgefangene lebten zuvor auf dem jetzt von Kiew besetzten Territorium der LVR. Jetzt leben sie provisorisch in einem der Lugansker Wohnheime. Die Führung der Republik und das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik unternehmen alle denkbaren Maßnahmen, um den ehemaligen Geiseln Wohnraum, Versorgung und Arbeitsplätze zu beschaffen. Auch die Kommunisten stehen nicht an der Seite. Die KP der LVR hat den Befreiten eine halbe Tonne humanitäre Hilfe von der KPRF übergeben: Fleisch- und Fischkonserven, Grieß, Nudeln, Hygienemittel und Schulsachen für Kinder.

### **Vormittags:**

de.sputniknews.com: Nato startet Manöver mit 1000 Soldaten vor russischer Grenze. Die Militärübungen „Talvelaager 2018“ („Winterlager 2018“) unter Teilnahme des in Estland stationierten Nato-Bataillons beginnen am Montag am Zentralen Truppenübungsplatz und am Schießplatz Soodla, heißt es aus dem Führungsstab der estnischen Verteidigungskräfte. Die Manöver finden nur rund 130 Kilometer von der russischen Grenze entfernt statt. Am Manöver nehmen demzufolge mehr als 1000 Soldaten der Estnischen Streitkräfte, darunter auch Mitglieder des militärischen Freiwilligenverbands Kaitseliit, sowie Nato-Militärs aus Großbritannien und Dänemark teil. Die Nato hatte 2016 bei ihrem Gipfeltreffen in Warschau beschlossen, in Lettland, Litauen, Estland und Polen rotierend multinationale Bataillone zu stationieren. Im Januar 2018 wechselten dänische Militärs die französischen ab.

Das in der estnischen Stadt Tapa stationierte Nato-Bataillon zählt 1200 Soldaten, darunter mehr als 800 aus Großbritannien. Das Vereinigte Königreich hatte auch Militärtechnik bereitgestellt, unter anderem Kampfpanzer des Typs Challenger 2, Schützenpanzer der Typen Warrior und Bulldog sowie Panzerhaubitzen.

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **17-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **sieben Ortschaften** der Republik mit Panzern, Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Sacharowa rät zu Doping-Kontrolle von IOC-Mitgliedern.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat die jüngste Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) kommentiert, keine Einladungen für 15 russische Sportler und Trainer zu den Olympischen Spielen in Pyeongchang auszusprechen.

„Wie es in der IOC-Erklärung heißt, hat die Entscheidung des Sportgerichts den Verdacht nicht revidiert. Die Kommission hat nicht genug Sicherheit, dass diese 13 Sportler tatsächlich sauber sind. Nach solchen Erklärungen stellt sich die Frage: Ist es nicht an der Zeit, einen Dopingtest bei den IOC-Mitgliedern durchzuführen?“, schrieb Sacharowa in ihrem Facebook-Account.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass das Internationale Olympische Komitee laut seiner offiziellen Erklärung die Einladung von 13 russischen Sportlern und zwei Coachs zu den Olympischen Spielen im südkoreanischen Pyeongchang abgelehnt habe.

Am Donnerstag hob der Internationale Sportgerichtshof CAS die vom IOC verhängten lebenslangen Olympiasperren gegen 28 russische Wintersportler auf. Das Olympische Komitee Russlands (OKR) bat vor diesem Hintergrund das IOC, individuelle Einladungen für 15 russische Vertreter (13 Sportler und zwei Trainer) auszusprechen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31939/39/319393946.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 17.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Nowolaspa, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Donezk, Dsershinskoje.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 667. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 332.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Reaktion des Moskauer Außenamts auf Kreml-Liste:

Nach der Veröffentlichung der so genannten „Kreml-Liste“ in den USA hat Russland laut Vizeaußenminister Sergej Rjabkow ein umfangreiches Instrumentarium, um dem „unfreundlichen Akt“ zu kontern.

„Einerseits verkünden die USA ihre Bestrebung, die Beziehungen zu normalisieren. Andererseits erhöhen sie weiter ihren Druck“, sagte der Diplomat der Zeitung „Iswestija“. Vermutlich seien die USA überzeugt, dass dieser Druck zu Veränderungen in Russlands Außenpolitik führen würde, die die Vereinigten Staaten brauchen.

„Darin besteht ein tiefer innerer Widerspruch, auf welchen wir die amerikanische Seite aufmerksam machen“, so Rjabkow.

Russland „war und bleibt Befürworter einer normalen, ruhigen Regelung der Probleme auf konstruktive Weise“, um die Beziehungen zu den USA später zu einer „Trajektorie des ständigen Aufstiegs“ zu bringen. „Bisher ist das nicht gelungen“.

Die „Kreml-Liste“ halte Moskaus „Wahrnehmung der amerikanischen Sanktionspolitik als ungerechtfertigt, illegitim und kontraproduktiv“ nichts entgegen.

„Der politische Sinn des Geschehens kann nur einer sein: Das ist die Bestrebung Washingtons, ‚Druck‘ auf Russland auszuüben. Dementsprechend zielen wir in dieser Situation auf keine strenge Symmetrie ab und werden nicht zu unseren Ungunsten handeln“, so der Vizeaußenminister.

Er betonte, dass Russland eine ganze Reihe von Mitteln und Arten für eine materielle und rhetorische Reaktion auf die US-Handlungen habe. Deren Einsatz sei jedoch „der Gegenstand einer außerordentlichen politischen Entscheidung“. Sie soll im Hinblick auf die „Gesamtheit der Umstände“ getroffen werden.

„Wir werden darauf antworten, nachdem und falls unser Präsident und unsere Leitung die Gesamtheit der Faktoren bewerten und zum Schluss kommen, dass die Zeit dafür reif ist“, sagte Rjabkow.

Das US-Finanzministerium hatte zuvor den sogenannten „Kreml-Bericht“ veröffentlicht. Darin sind 114 russische Politiker sowie Beamte und 96 Geschäftsleute erwähnt. Die Liste sieht keine sofortigen Sanktionen gegen diese Personen vor, könnte aber eine künftige Verhängung bedeuten.

Der russische Präsident Wladimir Putin nannte den Bericht einen „unfreundlichen Akt“, der den ohnehin in einer schwierigen Lage befindlichen russisch-amerikanischen Beziehungen schade. Moskau werde jedoch von Gegenmaßnahmen absehen und die Entwicklung der Situation verfolgen, betonte Putin.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31584/17/315841720.jpg>

### **Nachmittags:**

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die Lage in der Donezker Volksrepublik bleibt angespannt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner Mörser, Panzer, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Auf die Gebiete der Ortschaften **Spartak, Shabitschewo, Dokutschajewsk, Alexandrowka, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirk von Donezk** wurden 42 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm sowie 36 des Kalibers 82mm abgefeuert, und es wurden sieben Schüsse mit Panzern abgegeben.

In **Richtung Mariupol** wurden die Gebiete von **Nowolaspa und Dsershinskoje** beschossen. Der Gegner hat verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 17 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Wir hatten zuvor gesagt, dass eine geplante Rotation der „heldenhaften“ 128.

Gebirgsjägerbrigade unter Leitung des Kriegsverbrechers Sobko gegen die 24. mechanisierte Brigade stattfand.

Die wahre Ursache dieser Rotation war das Durchsickern geheimer Informationen über die Vorbereitung eines Angriffs in Richtung Gorlowka im Februar-März 2018 aus dem Stab der Brigade. Ein Teil des Personals der Brigade hatte sich offen der Durchführung von Befehlen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte verweigert. Der Generalstab der Ukraine war gezwungen die Brigade umgehend auszuwechseln.

Im ständigen Dislozierungs- und Ermittlungspunkt Mukatschewo werden Ermittlungsmaßnahmen zur Auffindung des Offiziers, der das Durchsickern der Informationen zugelassen hat, durchgeführt, wobei die militärische Gegenauflärung des Sicherheitsdienstes der Ukraine herangezogen wird.

Sobko ist bis zum Abschluss der Ermittlungen zeitweilig von seinen Pflichten als Brigadekommandeur entbunden worden.

Die Unprofessionalität und das nachlässige Herangehen an die Erfüllung der Dienstpflichten ist zur Norm für alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte geworden.

So haben wegen fehlender Abstimmung der Handlungen zwischen Einheiten der elektronischen Kriegsführung unter dem Kommando von Sinoshinskij und den Verbrechen der 25. Luftlandbrigade, die von Sentschenko geleitet wird, die Luftlandesoldaten zwei

Drohnen verloren, die von den „Spezialisten“ der elektronischen Kriegsführung außer Betrieb gesetzt wurden.

Jetzt müssen sich die Untergebenen von Sentschenko vor dem übergeordneten Stab für die Ruinierung teuren Materials rechtfertigen.

Außerdem erwarten wir, dass möglicherweise in der nächsten Zeit von ukrainischen Fernsehsendern eine Reportage über einen Beschuss des Krankenhauses von Marjinka gezeigt werden wird.

Ukrainische Strafsoldaten haben in Anwesenheit käuflicher Vertreter von Massenmedien einen provokativen Beschuss ihrer Ortschaft mit Mörsern des Kalibers 120mm durchgeführt, um die Streitkräfte der DVR dessen zu beschuldigen.

Ich rufe die ukrainischen Journalisten ein weiteres Mal zur Ehrlichkeit auf. Tanzen Sie nicht nach der Pfeife von Kriegsverbrechern. Das Blutgeld für Ihre Lügen wird zu nichts Gutem führen.

de.sputniknews.com: Nazis in der Ukraine: Sturmabteilungen erobern die Straße.

Nach dem Staatsstreich 2014 in der Ukraine haben sich die Ukrainer bereits an durch Kiew marschierende junge Menschen mit Nazi-Symbolen gewöhnt. Doch inzwischen gibt es keine Zweifel mehr – in der Ukraine sind „Sturmabteilungen“ entstanden, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Montag.

Als Bestätigung dafür führt die Zeitung den Marsch der Vertreter der „Nationalen Kampfgruppe“ von Ende Januar an. Einige hundert Kämpfer in einer einheitlichen Uniform, die die Gewährleistung der Ordnung auf den Straßen des Landes übernehmen wollen, waren damals aufmarschiert.

Der „Euromaidan“ wurde zu einem kritisch wichtigen Moment für die Entwicklung der paramilitärischen Organisationen mit Nazi-Ideologien – der Staat verliert die Kontrolle, das Gewaltmonopol ist nicht klar zugeordnet, zehntausende Menschen nahmen an Kampfhandlungen im Donbass teil. Die ukrainischen Sicherheitsbehörden erreichten eine Vereinbarung mit den Nationalisten und betreuen nun Organisationen, die von den „Veteranen“ der „Antiterroroperation“ geschaffen werden.

Als eine solche Organisation gilt S14 bzw. Sitsch. Bis 2013 war sie Jugendorganisation der Partei Swoboda, danach spaltete sie sich ab, begab sich recht schnell unter die Kontrolle durch den Sicherheitsdienst der Ukraine SBU und wird von Sicherheitsdiensten für illegale Operationen genutzt. Gewöhnlich handelt es sich um die Unterdrückung von Protesten. Allerdings gibt es auch schwerere Vorwürfe – S14-Aktivisten werden des Mordes an dem Publizisten Oles Busina verdächtigt. Gerade solche Organisationen versuchen in den letzten Monaten aktiv, sich über die Teilnahme am „Schutz der Rechtsordnung“ zu legalisieren. So stehen die S14 und der Kiewer Verband der ATO-Veteranen untereinander im Wettbewerb um die Übernahme der Leitung der „Kommunalen Wache“. Es würde sich dann de facto um die Anerkennung und Legalisierung dieser Gruppen handeln, weil die „Kommunale Wache“ aus dem Kiewer Haushalt finanziert wird.

Die Präsentation der neuen Kampfgruppen am 28. Januar war wohl detailliert durchdacht. Parallelen sind zu offensichtlich – Uniform, Marsch, Fahnen der Einheiten, ihre Einweihung. Selbstverständlich wurden sie in sozialen Netzwerken gleich als „Sturmabteilungen“ bezeichnet.

Doch die Logik der lautstarken Präsentation ist viel umfassender als einfach eine Reaktion der sozialen Netzwerke und Präsenz im Informationsraum des Landes. Die „Nationalen Kampfgruppen“ ändern ihren Status. Aus einer einfachen gesellschaftlichen Organisation, von denen es Tausende in der Ukraine gibt, werden sie zu einer Einheit „zur Überwachung der Rechtsordnung“.

Zu den Funktionen der „Nationalen Kampfgruppe“ gehören laut ihrem neuen erweiterten Status die Überprüfung der Dokumente von Staatsbürgern bzw. Autofahrern, Festnahme von Verletzern, Anwendung von physischer Gewalt, nichttödlichen Waffen und Sondermitteln zur Selbstverteidigung bzw. Verteidigung der Staatsbürger, Verwaltungsgebäude, Vorbeugung von Straßenunruhen.

Mit anderen Worten: In der Ukraine wird eine vollwertige paramilitärische Struktur geschaffen, die Polizeifunktionen übernehmen soll. In manchen Fällen könnte man den Kämpfern wohl auch „schmutzige Arbeit“ zum Auseinanderjagen von Kundgebungen und zur vorbeugenden Unterdrückung von Andersdenkenden anvertrauen. Das wird durch indirekte Fakten bestätigt. So gibt es im Aufnahmeformular auf der Webseite der Organisation einen Punkt über das Vorhandensein eigener Waffen.

Wegen der „Nationalen Kampfgruppen“ zeigten sich viele Experten besorgt.

„Heute verletzen die Nationalen Kampfgruppen das Gesetz nicht. Doch es ist unklar, was morgen bzw. in einem halben Jahr sein wird. Denn viele von ihnen haben Erfahrungen mit Kampfhandlungen. Sie wissen, wie man mit Waffen umgeht. Ihnen wurden mehrere Millionen Griwna für Transport, Uniform und Besoldung bereitgestellt. Das alles bringt auf den Gedanken, falls eine der Parteien mit ihrem Ergebnis bei den Wahlen unzufrieden ist, könnte die Zentrale Wahlkommission blockiert werden“, sagte der ukrainische Politiker Ilja Kiwa.

Die Besorgnisse sind wohl gerechtfertigt. Die „Nationalen Kampfgruppen“ versuchten bereits, sich in die ukrainische Politik in den Regionen einzumischen. In Tscherkassy blockierten sie die Abgeordneten des Stadtrats und drohten damit, dass niemand den Saal bis zur Verabschiedung der „richtigen“ Fassung des städtischen Haushalts verlassen werde. Die Hauptfrage besteht jetzt darin, von wem diese neue Struktur kontrolliert wird. Welche Politiker profitieren von der Schaffung der „Nationalen Kampfgruppe“? Dennoch gibt es keine Klarheit bei dieser Frage. Ukrainische Politologen sprechen von der Figur des Innenministers Arsen Awakow. Doch diese Vermutung beruht auf der einzigen Tatsache, dass Awakow tatsächlich einige Einheiten kontrolliert, die eine Art Vorläufer der „Nationalen Kampfgruppe“ waren – das sind das Freiwilligenbataillon Asow und das Nationale Korps der Ukraine.

Es liegt auf der Hand, dass dieses Projekt zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ins Leben gerufen wird. Die „Sturmabteilungen“ haben wohl noch genug Zeit, um ein Szenario durchzuarbeiten – falls die Behörden die Ordnung nicht sichern können, müssen die Staatsbürger das übernehmen. Oder sie versuchen bewusst, die Nische der Nationalsozialisten einzunehmen und deren Stil zu kopieren. Bislang ist unklar, welches Szenario für die Ukraine schlechter ist.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31939/82/319398249.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):  
Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung, in den letzten 24 Stunden wurde keine Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Trotz der relativen Ruhe verletzt das ukrainische Kommando weiterhin die Bedingungen für die Stationierung von Militärtechnik entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, und nutzt auch das Regime der Feueereinstellung zur Konzentration des militärischen Potentials ihrer Einheiten in der „ATO“-Zone.

Nördlich von Orechowo im Waldstück Kasennoje wurden zwei 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“ aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

Außerdem sind im Gebiet von Krymskoje auf der Position eines provisorischen Stützpunkts drei Schützenpanzer und zwei Lastwagen mit Munition und Material eingetroffen.

Um zu verhindern, dass die Anwesenheit von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen und Militärtechnik an den Feuerstellungen in der Nähe der Kontaktlinie entdeckt wird, hat der Kommandeur der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Drapatyj den ihm unterstellten Einheiten die Anweisung gegeben, die Maßnahmen zur Tarnung der eingenommenen Positionen zu aktivieren.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Fällen des Verlassens von Truppenteilen und Kampfpositionen durch Soldaten in der „ATO“-Zone, plant der militärische Rechtsordnungsdienst im Zeitraum vom 1. bis zum 31. März die Durchführung von Maßnahmen zu einer breit angelegten Fahndung nach Soldaten, die als Deserteure gelten.

**Nach Angaben der Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine haben seit Anfang 2018 645 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte eigenmächtig die Truppenteile verlassen**, darunter wurden 293 von der Polizei aufgegriffen, nach 352 wird gefahndet.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte sinkt das moralisch-psychische Niveau weiter ab. Dies wird durch einen weiteren Fall von Desertion bestätigt. Das Kommando der 10.

Gebirgssturmbriade der ukrainischen Streitkräfte führt eine Ermittlung zum eigenmächtigen Verlassen des Truppenteils durch einen Soldaten der Brigade durch. Der Soldat hat die Einheit verlassen, seine Dienstwaffe – ein Maschinengewehr RPK-74 – und Munition mitgenommen. Der Aufenthaltsort des Soldaten ist derzeit nicht bekannt.

Das Pressezentrum der Stabes der „ATO“ hat am 3. Februar die Volksmiliz beschuldigt, Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet des Swetlodarsker Bogens mit Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern, Schützenpanzern, Maschinengewehren beschossen zu haben. In den OSZE-Berichten ist dazu kein Wort zu finden.

Dies ist nicht der einzige Fall, in dem die ukrainischen Streitkräfte über nicht existente Beschüsse berichten. Das Zielauditorium nimmt solche Informationen schon nicht mehr ernst, weil die internationalen Beobachter solche Mitteilungen mehrfach dementiert haben.

Es ist offensichtlich, dass nur die ukrainische Führung und der sogenannte Präsident den Krieg brauchen, deshalb ist die Ukraine zu allen Schritten, einschließlich militärischer Handlungen gegen den mythischen „russischen Aggressor“ bereit, um weitere Kredite zu erhalten.

de.sputniknews.com: US-Sanktionen gegen Russland haben offenbar ihren Tiefpunkt erreicht. Das US-Finanzministerium hat endlich seinen groß angekündigten „Kreml-Bericht“ veröffentlicht, aber es sieht danach aus, dass Washington seinen „Wirtschaftskrieg“ gegen Moskau eher verschieben, wenn nicht sogar absagen wird, schreibt die Online-Zeitung Gazeta.ru am Montag.



Im Grunde werden in dem Bericht die bereits geltenden antirussischen Restriktionen aufgezählt. Danach wird festgestellt, dass sie der russischen Wirtschaft auch geschadet haben (konkrete Zahlen bleiben jedoch aus). Darüber hinaus schließen die Autoren des Dokuments nicht aus, dass die Sanktionen auf die russischen Staatsanleihen und deren Derivative erweitert werden könnten.

Allerdings müssen die Amerikaner zugleich einräumen, dass ihre europäischen Verbündeten unter Umständen gegen den weiteren Ausbau des Sanktionsdrucks auf Moskau sein könnten, was die Effizienz der Beschränkungen wesentlich verringern würde.

Zudem würde das auch US-Unternehmen schaden. Zwar besitzen die Amerikaner sehr wenig Derivative von russischen Staatsanleihen (schätzungsweise 200 Millionen Dollar), aber was die Staatsanleihen selbst angeht, so befindet sich mindestens ein Drittel von ihnen (mindestens 39 Milliarden Dollar) in Besitz von Ausländern (insbesondere von Amerikanern). Außerdem schließt das US-Finanzministerium nicht aus, dass Russland nach dem „Spiegelprinzip“ reagieren und Gegensanktionen gegen US-Unternehmen verhängen könnte (dass Moskau dies tun würde, steht so gut wie außer Frage).

Daraus kann man schließen, dass Russlands Anteil an der Weltwirtschaft zwar aktuell bei geringen drei Prozent vom globalen BIP liegt, aber seine Involvierung in die internationalen Finanzmärkte ist einfach zu groß, um Sanktionen ausgesetzt zu werden.

In Moskau sollte man sich natürlich nicht zu früh freuen: Das Weiße Haus könnte tatsächlich neue Restriktionen gegen Russland verhängen.

Aber da gibt es einen wichtigen Umstand: US-Präsident Donald Trump war nie Anhänger der antirussischen Sanktionen – eher im Gegenteil. Das am 2. August 2017 verabschiedete „Sanktionsgesetz“ musste er einfach signieren, denn er hatte keine andere Wahl: Dagegen hatten nur wenige Parlamentarier in beiden Häusern des Kongresses gestimmt, und sein eventuelles Veto wäre mit Sicherheit überwunden worden.

Hinzu kommt, dass die Ermittlungen der angeblichen „russischen Einmischung“ in die US-Präsidentschaftswahl 2016, die Sonderstaatsanwalt Robert Mueller führt, offenbar ins Stocken geraten sind: Seit mehreren Monaten konnte er keine Beweise dafür anführen (anderenfalls hätten Trumps Gegner sie längst an die große Glocke gehängt).

...

Nicht umsonst wurde ausgerechnet gestern, gleichzeitig mit der Veröffentlichung des „Kreml-Berichts“, eine richtige „Bombe“ unter den Ermittlungen Muellers gezündet: Trotz heftigen Widerstands der Demokraten im Kongress wurde ein bisher vertraulicher Bericht des Vorsitzenden des Geheimdienst-Ausschusses im Repräsentantenhaus, Devin Nunes, kundgegeben, dem zufolge FBI-Vertreter, insbesondere die Personen, die Mueller zum Sonderstaatsanwalt ernannten, das FISA-Gesetz (Foreign Intelligence Surveillance Act) über Bespitzelung von Ausländern verletzt hatten.

Unter anderem wurde Trumps außenpolitischer Berater Carter Page, der Moskau besucht und angeblich versucht hatte, „illegale Kontakte“ mit hochrangigen russischen Vertretern anzuknüpfen, illegal bespitzelt. Page ist zwar US-Staatsbürger, aber in seinem Fall hätten bestimmte Prozeduren eingehalten werden müssen, doch dies wurde nicht getan. Mehr als das: Es stellte sich heraus, dass Pages Bespitzelung unmittelbar vom Nationalen Komitee der Demokratischen Partei inspiriert worden war, möglicherweise unter Beteiligung von Ex-Präsident Barack Obama und Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton.

Dies bedeutet, dass jetzt die Initiatoren des „Russia Gate“ selbst in Gefahr schweben. Es geht natürlich nicht darum, dass Washington auf einmal Angst vor der weiteren Eskalation der Russland-Sanktionen hat, sondern darum, dass die Inspiratoren der Restriktionen sich plötzlich wehren müssen...

[Dan-news.info](http://Dan-news.info): Reparaturbrigaden von Woda Donbassa haben mit der Reparatur des

Transformators im Gebiet des Jushnodonbasskij-Wasserwerks begonnen, der am 26. Januar durch das Feuer der ukrainischen Streitkräfte beschädigt wurde.

„Wir haben schon mit den Wiederaufbauarbeiten begonnen. Alle notwendigen Materialien sind vorhanden, Öl auch. Die Reparaturbrigaden haben begonnen zu arbeiten. Wir haben auch Sicherheitsgarantien von beiden Seiten erhalten“, teilte das Unternehmen mit.

Nach den Plänen wird die Reparatur von heute bis einschließlich 10. Februar dauern. „Ich denke, dass es uns gelingen wird auch vorher fertig zu werden, wenn es keine außerordentlichen Ereignisse gibt“, teilte der Vertreter des Unternehmens mit.

Dan-news.info: „Heute um 14:35 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf **Dokutschajewsk** eröffnet, dabei wurde nach vorläufigen Informationen ein mehrstöckiges Wohnhaus in der Zentralnaja-Straße 91 beschädigt – das Fundament sowie eine Wand in der 4. Etage. Außerdem wurde ein Auto, das sich in der Zentralnaja-Straße 97 befand, durch Splitter beschädigt“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit. Der Gegner hat von Nowotroizkoje aus geschossen. Es wurden Schützenpanzer, Antipanzergranatwerfer sowie großkalibrige und leichte Schusswaffen eingesetzt.

ukrinform.ua: Zahlreiche Protestaktionen gegen polnisches Gesetz.

Aktivisten protestieren vor den diplomatischen Einrichtungen Polens in der Ukraine gegen das umstrittene polnische Gesetz über „Verbrechen der ukrainischen Nationalisten“.

Die Proteste finden vor den polnischen Konsulaten in Winnyzja, Luzk, Charkiw, Odessa statt, meldet die Pressestelle der Partei „Swoboda“. Die Protestteilnehmer verlangen, die

„Implementierung der antiukrainischen Änderungen zum Gesetz über das Institut für Nationales Gedenken Polens nicht zuzulassen“. In Luzk nehmen nach Angaben der lokalen Medien an der Protestaktion die Partei „Swoboda“, „Narodnyi Kontrol“, der „Rechte Sektor“, das „Nationale Korps“ teil. Auch vor der polnischen Botschaft in Kiew wird protestiert.

Das polnische Parlament hatte das Gesetz gegen die Leugnung „der Verbrechen der ukrainischen Nationalisten“ gegen polnische Bevölkerung verabschiedet. Wer diese „Verbrechen“ leugnet, macht sich strafbar. Das Gesetz stellte auch den Begriff "polnische Todeslager" unter Strafe, was heftige Kritik aus Israel zur Folge hatte.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_02/thumb\\_files/630\\_360\\_1517838928-2669.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_02/thumb_files/630_360_1517838928-2669.jpg)

Lug-info.com: „Der Einwohner des von den ukrainischen Streitkräften besetzten Lobatschewo Stanislaw Liwarenko wurde von Spezialdiensten der Ukraine entführt und

heftig wegen seiner Weigerung zur Zusammenarbeit geschlagen“, teilte das Staatssicherheitsministerium der LVR mit.

„Nach den Worten des Betroffenen zwangen ihn Mitarbeiter des SBU unter Folter dazu, eine Zustimmung zur Arbeit zum Schaden der Interessen der Staatssicherheit der LVR zu unterschreiben. Liwareenko erhielt das Pseudonym „Koresch“ und sollte Daten sozialpolitischen und militärischen Charakters sammeln“, teilte das MfS mit.

„Die Information sollte der Agent dem SBU über Viber und Instagram weiterleiten. Nach der Ankunft auf dem Territorium der Republik wandte sich Stanislaw Liwareenko an das MfS der LVR“, teilte das Ministerium mit.

„Sie haben mir vier oder fünf Mal ins Gesicht geschlagen und verlangt, dass ich auf die Knie gehe. Ich ging auf die Knie und sie haben neben dem rechten Ohr mit einem Maschinengewehr geschossen. Dann haben sie mich in den Wald gebracht und begonnen zu foltern. Sie haben mir beide Hände gebrochen und mich direkt auf die Wirbelsäule geschlagen. Sie sagten: „Willst Du leben?“ Ich sagte – ja. „Das heißt, Du unterschreibst uns das Dokument“, sagte Liwareenko.

Das MfS erinnert: Bei rechtswidrigen Handlungen von Seiten der Streitkräfte, Freiwilligenbataillonen, Polizei oder Spezialdiensten der Ukraine bitte über die angegebene Telefonnummer oder E-Mail über die Fakten informieren.

Gemäß dem Zusatz zu §335 Strafrechtbuch der LVR „Landesverrat“ bzw. §336 „Spionage“ stellt eine rechtzeitige Information darüber, dass man von Seiten ausländischer Spezialdienste zur Zusammenarbeit herangezogen wurde von der strafrechtlichen Verantwortung frei.

de.sputniknews.com: Medwedew: IOC will Russland politischen Schaden zufügen.

Auch nachdem der Sportgerichtshof CAS die Sperren gegen 13 russische Sportler und zwei Trainer aufgehoben hat, lehnt das IOC deren nachträgliche Einladung zu den Olympischen Spielen ab. Laut Russlands Premierminister Dmitri Medwedew ist diese Entscheidung parteiisch und ausschließlich gegen einen Staat, und zwar gegen Russland gerichtet.

„Die IOC-Kommission hat eine beschämende, ungerechte, nicht rechtmäßige, amoralische und politisierte Entscheidung getroffen. Damit, dass die Kommission unsere Sportler, die vom Sportgerichtshof, der speziell für die Beilegung von solchen Streitigkeiten gegründet worden war, wieder in ihre Rechte eingesetzt wurden, nicht zu den Spielen zuließ, zertrampelte sie die Olympische Charta und grundlegende Rechtsprinzipien. Man ist unschuldig, falls die Schuld nicht bewiesen ist“, schrieb Medwedew am Montag auf seiner Facebook-Seite.

Der russische Ministerpräsident betonte, gerade der Gerichtshof treffe die endgültige Entscheidung. Nun habe diese Entscheidung eine Gruppe von Menschen getroffen, die sich über das Gericht, über das IOC sowie über die Sportler und Fans gestellt habe.

„Das Ziel dieser Entscheidung ist sehr weit vom Sport entfernt. Dieses Ziel besteht darin, unserem Land politischen Schaden zufügen“, unterstrich Medwedew.

Er betonte, die Tatsache, dass das IOC die Sportler, deren Schuld im Gericht nicht bewiesen worden sei, nicht zu den Olympischen Spielen entlade, widerspreche den grundlegenden Rechtsprinzipien und vernichte Menschen, die ihr ganzes Leben dem Sport gewidmet hätten.

„Und Doping hat damit nichts zu tun, es ist lächerlich, darüber zu sprechen. Man könnte die parteiische Ermittlung zu Doping, die gegen einen Staat, und zwar gegen Russland, geführt wird, irgendwie dulden. Aber die Entscheidung der Kommission, das Verdikt des Sportgerichtshofes nicht umzusetzen, steht jenseits jeglichen Begreifens“, so Medwedew.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass das Internationale Olympische Komitee laut seiner offiziellen Erklärung die Einladung von 13 russischen Sportlern und zwei Coachs zu den Olympischen Spielen im südkoreanischen Pyeongchang abgelehnt habe.

Am Donnerstag hob der Internationale Sportgerichtshof CAS die vom IOC verhängten lebenslangen Olympiasperren gegen 28 russische Wintersportler auf. Das Olympische

Komitee Russlands (OKR) bat vor diesem Hintergrund das IOC, individuelle Einladungen für 15 russische Vertreter (13 Sportler und zwei Trainer) auszusprechen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31940/30/319403042.jpg>

Dnr-online.ru: Kiew hat der DVR eine unrichtige Liste von Anhängern der Republik, die in Gefängnissen der Ukraine festgehalten werden, übergeben. Dies erklärte heute die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa.

„Die ukrainische Seite hat gestern für uns nicht annehmbare Vorschläge zum Austausch geschickt. In der Liste, die von Kiew geschickt wurde, sind hauptsächlich neu Festgenommene angegeben, die überhaupt noch nicht bestätigt wurden, eine Person aus der Kategorie „besonders schwere Verbrechen“ und Personen, die keine Beziehung zur „ATO“ haben“, teilte die Bevollmächtigte mit.

Die Vertreter der Republik haben der ukrainischen Seite eine Liste mit 80 Anhängern der DVR und der LVR übergeben, die zum Austausch angefragt sind. „Wir haben der Ukraine zuvor eine Liste mit 84 Personen übergeben. Derzeit verlangen wir 80 Personen, die auf dem Territorium der Ukraine sind, weil einer bereits freigelassen wurde, weitere drei haben ihre Strafe abgeleistet und wir haben dafür eine Bestätigung erhalten“, sagte Darja Morosowa. Nach ihren Worten hat die DVR Kiew auch vorgeschlagen, von der Aufteilung der Menschen in Kategorien in Abhängigkeit von der Schwere des Vergehens Abstand zu nehmen. „Wir fordern, dass die ukrainische Seite die Aufteilung nach Kategorien unterlässt. Von Kategorien gehen wir vollständig ab. Die ukrainische Seite versucht noch immer daran festzuhalten“, fügte die Bevollmächtigte hinzu.

Darja Morosowa teilte mit, dass die nächste Verhandlungsrunde am 14. Februar in Minsk stattfindet, wo alle Vorschläge der Seiten zum Gefangenenaustausch behandelt werden: „Wir unterstützen weiter den 6. Punkt der Minsker Vereinbarungen - „alle festgestellten gegen alle festgestellten“, weil wir „alle gegen alle“ nicht machen können, jeden Tag gibt es neue Festnahmen“, unterstrich sie.

### **Abends:**

Dan-news.info: „**Zwischen dem 29. Januar und dem 5. Februar haben die ukrainischen Truppen 2464 Geschosse auf das Territorium der DVR abgefeuert**, was 5065 Tonnen entspricht“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Die ukrainischen Soldaten schossen mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm sowie mit Panzergeschützen. Insgesamt wurden in dem angegebenen Zeitraum 96 Fälle der Verletzung

des „Regimes der Ruhe“ festgestellt.

de.sputniknews.com: Russische Hilfsgüter-Vergabestellen in Damaskus unter Beschuss. Zwei Vergabestellen in Damaskus, in denen von russischen Geistlichen nach Syrien gebrachte Hilfsgüter verteilt werden, sind mit Minenwerfern beschossen worden.

Laut einem Sputnik-Korrespondenten vor Ort wurde das christliche Viertel von Damaskus von dem Stadtbezirk Jobar aus beschossen. Ein Geschoss explodierte vor dem Sitz der Syrisch-Orthodoxen Kirche, wo sich eine der Vergabestellen befindet. Dabei wurden laut einem Polizeibeamten zwei Menschen getötet und mehrere weitere verletzt. Ein weiteres Geschoss landete vor einem Tempel der Antiochenisch-Orthodoxen Kirche, in dem sich eine andere Vergabestelle befindet.

Die russische Delegation konnte in Sicherheit gebracht werden.

Am Samstag war eine interkonfessionelle Arbeitsgruppe des Rates für Zusammenarbeit mit den religiösen Vereinigungen beim russischen Präsidenten nach Syrien gekommen, um eine Hilfsaktion durchzuführen. Die Gruppe besteht aus Vertretern von wichtigsten christlichen und muslimischen Gemeinden Russlands. Die Hilfsgüter, die von russischen Gläubigen verschiedener Konfessionen gesammelt worden sind, sollen unter syrischen Bürgern verteilt werden, unabhängig davon, zu welchem Glaubensbekenntnis sie gehören.

Dnr-online.ru: Im Gesundheitsministerium der DVR wurde ein weiterer Fake ukrainischer Propagandisten über die epidemische Lage in der DVR und über „Zwangsimpfungen“ von Bürgern kommentiert.

„Heute, am 5. Februar, sind im Internet weitere Fakes erschienen, die auf die Diskreditierung des Gesundheitssystems der DVR abzielen. Die ukrainischen Propagandisten verbreiten gefälschte Informationen, sie veröffentlichen Screenshots von angeblichen Erlassen des Oberhauptes, von Nachrichten auf der Seite des Gesundheitsministeriums, ohne die richtigen Merkmale, mit Angabe von „direkter Rede“ des Gesundheitsministeriums.

Diese Fälschungen der Ukry-Medien werden als offizielle Dokumente des Oberhauptes der DVR und des Gesundheitsministeriums auszugeben versucht .

Ein Pseudo-Erlass des Republikoberhauptes, der in einer ukrainischen Informationsquelle veröffentlicht wird, veröffentlicht Informationen über eine Pflichtimpfung für alle Einwohner der DVR gegen Hepatitis, die nach den Worten der ukrainischen Massenmedien in der DVR regelmäßig sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen festgestellt werde. Dabei wird von qualitativ minderwertigen Impfungen gesprochen, deren „Folge“ Todesfälle seien.

Wir möchten anmerken, dass im Jahr 2018 im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass, das vom Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko bestätigt wurde, neben sieben bereits existierenden Bereichen neue Bereiche hinzugefügt wurden, darunter auch Impfungen für Kinder, die im Republikanischen klinischen Kinderkrankenhaus erfolgen.

Wenn man die katastrophale Situation bei den ukrainischen Vertretern des Gesundheitswesens berücksichtigt, die mit fehlenden Masernimpfungen in der Ukraine, anrückender Diphtherie und unmenschlichen Methoden der „Reform des Gesundheitswesens“ konfrontiert sind, möchten wir anmerken, dass es für die gelben Massenmedien keine anderen Mittel mehr gibt als Fakten in Richtung DVR zu fälschen.

Da sie nichts Derartiges wie das humanitäre Programm zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass , das auf die Sorge für die Landsleute und kostenlose hochqualifizierte medizinische Behandlungen gerichtet ist, haben, wählen die ukrainischen Massenmedien sehr unhygienische Mittel im Informationskrieg.

Im Zusammenhang mit der Aktivierung von Propagandakampagnen proukrainischer Massenmedien, die die Bürger der DVR in den Schmutz ziehen, ruft das Gesundheitsministerium der DVR alle Bürger auf, wachsam zu sein und nur den offiziellen Informationsquellen zu vertrauen, in denen zuverlässige Informationen veröffentlicht werden“, heißt es in der Mitteilung des Ministeriums.

de.sputniknews.com: C-Waffen-Einsätze in Syrien: Russland vermutet „gezielte Sabotage“ bei Ermittlungen.

Moskau vermutet laut dem russischen UN-Botschafter Wassili Nebensja eine „gezielte Sabotage“ bei den Ermittlungen zu C-Waffen-Einsätzen in Syrien.

In einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates am Montag verwies der russische UN-Botschafter darauf, dass Syrien die Weltgemeinschaft und den UN-Sicherheitsrat ständig darüber informiere, dass auf den von den Terroristen befreiten Territorien „gefährliche chemische Entdeckungen“ gemacht werden sowie über mögliche Provokationen, an denen „Vertreter ausländischer Geheimdiensten teilnehmen könnten“.

„Die Experten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) sollten dies alles unverzüglich ermitteln. Wir merken aber an, es erfordert titanische Anstrengungen, damit man in den Haag (im OPCW —Hauptquartier – Anm. d. Red) auf diese Signale reagiert. Man findet mehrere Vorwände und Einwände, um nicht nach Syrien zu fahren, Entscheidungen verzögern sich. Unter Berücksichtigung der vorjährigen Geschichte mit Chan Schaichun und mit dem Militärflugplatz Schairat bringt ein solches Verhalten auf den Gedanken einer gezielten Sabotage“, so Nebensja.

Am 23. Januar hatte Russland die Bildung eines neuen internationalen Ermittlungsorgans zu C-Waffen-Einsätzen initiiert und den entsprechenden Resolutionsentwurf vorgelegt, der von den USA abgelehnt wurde. Laut Nebensja zeugt dies davon, dass Washington keinen professionellen und unabhängigen Mechanismus bilden will.

### **Armiyadnr.su: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR E. A. Basurin am 5. Februar 2018:**

In der letzten Zeit bemerkt unsere Aufklärung eine zielgerichtete Verstärkung von Kräften und Mitteln des Gegners entlang der gesamten Kontaktlinie.

Entgegen den Minsker Vereinbarungen konzentriert das ukrainische Militärkommando schwere Waffen an der Frontlinie, indem es sie aus den zeitweiligen Lagerorten abzieht, was täglich in den Berichten der OSZE-Mission zum Ausdruck kommt.

Einwohner der Ortschaften auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium informieren uns täglich über Kolonnen von Kampf- und Transporttechnik, die Personal und Material, einschließlich Treibstoff und großkalibriger Munition, an die Kontaktlinie bringen.

Außerdem wurde die Verstärkung der Luftaufklärung der Lage unserer Positionen, der Stationierung von Truppen und lebenswichtigen Infrastrukturobjekten von Ortschaften der Republik durch den Gegner registriert.

Darüber hinaus ist bekannt, dass an die Verbände und Truppenteile, die in der ATO-Zone stationiert sind, bereits militärische Erlasse über die Vorbereitung zum Angriff ergangen sind und dass auf den Konten der 57. Panzergrenadier- und der 30. mechanisierten Brigade zusätzliche Finanzmittel für materielle Anreize für die Soldaten eingegangen sind.

Die genannten Fakten der Verstärkung von Kräften und Mitteln der Gruppierungen des Gegners zeugen davon, dass die ukrainische Seite sich entgegen den Minsker Vereinbarungen aktiv auf Angriffshandlungen an der gesamten Kontaktlinie vorbereitet. Der Mordversuch am Verteidigungsminister der Republik General W. Kononow bestätigt nur die Aktivierung der

Untergrundaktivitäten der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte. Unsere Schlüsse werden auch von einem in ukrainischen Massenmedien veröffentlichten Erlass des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte über die Planung von aktiven Angriffshandlungen bestätigt. Die Echtheit dieses Dokuments bestätigen Militärexperten und Analytiker, und die militärischen Angaben, die in dem Dokument stehen, stimmen vollständig mit den Daten unserer Aufklärung überein.

In dem Plan des Gegners ist vorgesehen, der Volksmiliz der DVR und der LVR durch die Kräfte der an der Kontaktlinie stationierten Verbände und Truppenteile, die zu den ATO-Kräften gehören, mit Unterstützung von Artillerie und Luftwaffe eine möglichst große Niederlage beizubringen, den Sicherheitsstreifen zu überwinden und die erste Verteidigungslinie in den Grenzen von Kompaniestützpunkten und Verteidigungsbezirken von Bataillonen der ersten Staffel der Einheiten der Volksmiliz der DVR und der LVR zu durchbrechen sowie günstige Linien zu besetzen. Mit massivem Feuer von Artillerie und Waffen von Panzer- und Panzergrenadiereinheiten, Luftwaffe und Artillerieeinheiten auf die Positionen der Volksmiliz der DVR wird der Feind versuchen, Bedingungen zum Einmarsch der hauptsächlichen Kräfte der Angriffsgruppierungen der ukrainischen Streitkräfte zu schaffen.

Ich erinnere daran, dass Leiter der ATO Generalleutnant M. Sabrodskij Kommandeur der Luftstreitkräfte ist. Vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte ist geplant, mit den Hauptkräften den Streitkräften der Volksrepubliken eine Niederlage beizubringen, sich an der Linie Sorokino, Dowshansk, Marinowka, Nowoasowsk festzusetzen und anschließend zur Staatsgrenze der Volksrepubliken mit der Russischen Föderation vorzudringen.

Zur Erreichung der Ziele der Operation und zur Verstärkung der Angriffsgruppierungen sieht der Gegner die Schaffung von operativen Reserven der vereinigten Truppengruppierungen vor: 28. mechanisierte Brigade – in Richtung des Hauptschlags und 128. Gebirgsjägerbrigade in Richtung des anderen Schlags.

In Richtung der Konzentration der Hauptanstrengungen wird der Gegner durch zwei umfassende Schläge in Richtung Werchnetorezkoje, Ilowajsk (17. mechanisierte Brigade, 93. mechanisierte Brigade) und in Richtung Maximowka, Starobeschewo, Ilowajsk (1. mechanisierte Brigade, 14. mechanisierte Brigade, ein Teil der Kräfte der 30. mechanisierten Brigade - ein mechanisiertes Bataillon) versuchen, die Kontaktlinie zu überwinden und die erste Verteidigungslinie der Streitkräfte der DVR zu durchbrechen, nach einer Intensivierung der Anstrengungen durch Einbringen von weiteren Staffeln und Reserven die Einheiten des 1. Armeekorps zu durchschneiden, Donezk zu umzingeln und einzunehmen.

Im Weiteren plant der Gegner, nach der Fortsetzung des Angriffs die Linie Lutugino, Ilowajsk, Komsomolskoje, Pobeda einzunehmen.

Einen weiteren Schlag plant der Gegner in Richtung Sachanka, Besymennoje (36. Marineinfanteriebrigade, 79. Luftlandebrigade) durchzuführen. Dies würde es ihm erlauben, unsere Kräfte in Richtung Mariupol zu blockieren und nicht zuzulassen, dass sie in Richtung Donezk verlegt werden. Anschließend, nach einer Verstärkung der Anstrengungen durch Einbringen einer zweiten Staffel, wäre es ihm möglich an die Linie Bojskowskoje – Nowoasowsk vorzudringen und uns so den Zugang zum Asowschen Meer zu entziehen.

Der Gegner plant die Invasion auf das Territorium der LVR in Richtung Krymskoje, Lutugino (72., 92. mechanisierte Brigade), um dann, nach Verstärkung der Anstrengungen, die Linie Sorokino, Dowshansk einzunehmen und durch Aktivitäten von Trupps aus den Einheiten der Luftwaffe (80. Luftwaffenbrigade und 81. Luftlandebrigade) im Hinterland in Richtung Staniza Luganskaja, Dowshansk die Streitkräfte der LVR zu zerschlagen und an die Staatsgrenze zwischen der LVR und der RF vorzudringen.

Ich wende mich persönlich an den obersten Kommandeur der ukrainischen Truppen General Wiktor Mushenko. Ihre Erklärungen vom 5. Oktober 2017 über mögliche zahlreiche Opfer unter den ukrainischen Soldaten und den zivilen Einwohnern für den Fall einer Entscheidung

über einen Angriff auf den Donbass konnten bereits einmal heiße Köpfe kühlen. Um eine Eskalation des Konflikts zu verhüten ist es notwendig, wieder dieses in Planung befindliche Abenteuer der politischen Führung zu stoppen.

Der Zeitpunkt des Angriffs wurde von den ukrainischen Strategen nicht zufällig gewählt und ist, wie wir annehmen, vor allem damit verbunden, dass die Hauptaufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in diesem Zeitraum auf die Wahlen des Präsidenten der RF und die Fußballweltmeisterschaft in Russland gerichtet sein wird.

Im Zusammenhang mit der vom ukrainischen Kommando geplanten militärischen Aggression wenden wir uns an die Weltgemeinschaft, die Ukraine in Person von Poroschenko, Poltorak, Mushenko und Sabrodskij aufzurufen, sich an die von der Ukraine übernommenen Verpflichtungen, gemäß den Minsker Vereinbarungen eine Wiederaufnahme des Konflikts im Donbass zu verhindern, zu erinnern.

Ich versichere den Einwohnern des Donbass, dass wir alle uns vorliegenden Aufklärungsinformationen aufmerksam und sorgfältig analysieren und jeden geplanten Schritt des Gegners kennen, gegen den dann bereits Gegenmaßnahmen vorgesehen sind.

Ich merke an, dass der von den ukrainischen Streitkräften geplante Blitzkrieg der ukrainischen Seite nicht das erwartete Ergebnis bringen wird und dem Gegner im Fall einer militärischen Aggression gegen die Volksrepubliken nicht gutzumachender Schaden zugefügt werden wird. Soldaten der 128. Gebirgsjägerbrigade haben sich schon geweigert, sich an diesem Abenteuer zu beteiligen, und sie wurden eilig aus der ATO-Zone abgezogen. In Folge von Säuberungen der Brigade von Seiten des Sicherheitsdienstes der Ukraine wurde der Kommandeur der Brigade Sobko zeitweilig von seiner Funktion entbunden. Derzeit unternimmt der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte dringende Maßnahmen zur Wiederherstellung der Kampffähigkeit und Umbildung der Einheiten, die sich der Vernichtung des eigenen Volkes verweigert haben.

Ich will mich auch an die vernünftig denkende Bevölkerung der Ukraine wenden, ihre Männer und Söhne nicht in einen blutigen Kampf zu schicken.

Wir werden auch eine offizielle Mitteilung an die OSZE, die Führung der USA und die Vertreter der „Normannischen Vier“ schicken, in der angegeben wird, dass während der Zeit, in der Verhandlungen zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen geführt werden, von der ukrainischen Seite eine Planung für einen Angriff mit der Vernichtung tausender Einwohner der Ukraine und der Donezker Volksrepublik, die nicht in einem Staat mit einer neonazistischen Regierung leben wollen, erfolgt. Es ist notwendig, die Kiewer Aggressoren von der Durchführung ihrer Pläne abzuhalten!



**Auszüge aus OSZE-Berichten über Verletzungen der Abzugslinie für Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Seite im Zeitraum vom 27. Januar bis 1. Februar 2018**

1. Februar: 6 Haubitzen (2S3 „Akazija“, 152mm) in Jablonowka (49 km nördlich von Donezk) und 4 Haubitzen (2S1 „Gwosdika, 122mm) in einem Wohngebiet von Alexandropol (43 km nördlich von Donezk); 8 Panzer (5 T-64 und drei unbekanntem Type) in Wosdwishenka (40km nordwestlich von Donezk).

2. Februar: eine Haubitze (2S1) in der Nähe von Orechowo-Donetzkoje (44 km nordwestlich von Lugansk); 4 Mehrfachraketenwerfer (BM-21 „Grad“, 122mm) bei Poltawka (54 km nordwestlich von Donezk); ein Panzer (T-64), der auf einem Lastwagen in Wolnowacha (53km südlich von Donezk) in Richtung Norden transportiert wurde.

31. Januar: ein Panzer (T-64) am nordwestlichen Rand des von der Regierung kontrollierten Nikolajewka (40 km südlich von Donezk); 5 stationäre Panzer (T-72) bei Soledar (79 km nördlich von Donezk); 1 Panzer (T-72), der nicht weit von Werchnekamenka (84 km nordwestlich von Lugansk) Richtung Norden transportiert wurde; 6 Haubitzen (2S1 „Gwosdika“, 122mm) und 5 Mörser (2B9M „Wasilek“, 82mm).

28., 29. Januar: 4 Haubitzen (2S1 „Gwosdika“, 122mm) bei Alexandropol (43 km nördlich von Donezk), die dort in Verletzung der Abzugslinie stationiert sind; 1 Panzer (T-64), der bei Kremenewka (27 km nordwestlich von Mariupol) steht; 1 Panzer (T-64), der in Pokrowsk (ehemals Krasnoarmejsk, 55 km nordwestlich von Donezk) steht; 5 stationäre Panzer (unbekanntem Typs) bei Bachmut (ehemals Artjomowsk, 67 km von Donezk); 20 Panzer (T-64) auf einer Waggonplattform in der Eisenbahnstation von Bachmut; 2 stationäre Haubitzen (2A36 „Giazint-B“, 152mm) in der Nähe von Asowskoje (22km südwestlich von Mariupol); 4 Panzer (ein T-64 und drei unbekanntem Typs), die in der Nähe von Nikolajewka standen; 2 Panzer (unbekanntem Typs), die bei Spornoje standen.

27. Januar: 2 Haubitzen (D-20, 152mm) und 2 Antipanzergeschütze (MT-12 „Rapira“, 100mm), die in Mariupol standen; 4 Haubitzen (D-20), die in Richtung Osten durch Karlowka 825 km nordwestlich von Donezk) transportiert wurden; 5 Panzer (T-72), die bei Nikolajewka (77km westlich von Lugansk) standen; 3 Panzer (T-72), die im Gebiet von Polkowoje (38 km nordwestlich von Mariupol) transportiert wurden; 2 Panzer (T-64) in Berestowoje (90 km nordöstlich von Donezk); 5 Panzer (T-72) bei Belogorowka (87km nördlich von Donezk); 1 Panzer auf einem Schlepper nicht weit von Bachmut (ehemals Artjomowsk, 67 km nördlich von Donezk).